

Strategien gegen Leerstellen

Ausbildungsmarkt. Weil die Zahl der Schulabgänger sinkt, müssen die Unternehmen bei der Rekrutierung von Auszubildenden neue Wege gehen – indem sie zum Beispiel leistungsschwächere Jugendliche noch stärker fördern und die betriebliche Ausbildung für Abiturienten noch attraktiver gestalten.

Die robuste Konjunktur in Deutschland hat dem Arbeitsmarkt kräftig auf die Sprünge geholfen. Davon profitiert auch der Nachwuchs, der auf ein großes Angebot zurückgreifen kann, wie die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zeigt (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2011 haben die Unternehmen und der Staat insgesamt rund 570.100 Auszubildende neu eingestellt – 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Rund 60 Prozent der Neuverträge wurden in Industrie und Handel abgeschlossen. Die dortigen Unternehmen haben die Zahl ihrer neuen Azubis sogar um 3,5 Prozent gesteigert. Im öffentlichen Dienst und in der Landwirtschaft ging die Zahl der neu unterzeichneten Ausbildungsverträge dagegen zurück; im Handwerk blieb sie konstant.

Auch regional verlief die Entwicklung höchst unterschiedlich: Während im Westen knapp 4 Prozent

mehr junge Leute in die Berufsausbildung starten konnten, sank die Zahl der Neuverträge im Osten um fast 8 Prozent. Dies ist jedoch nicht auf mangelndes Engagement der Unternehmen zurückzuführen, sondern auf die schrumpfende Zahl der Schulabgänger:

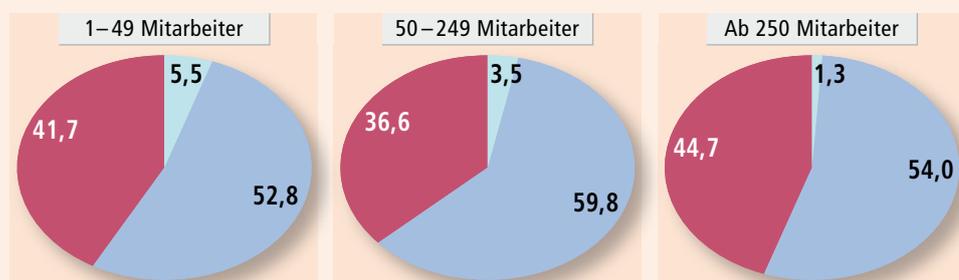
Während sich 2011 in Westdeutschland 3,6 Prozent mehr Jugendliche um einen Ausbildungsplatz bewarben als ein Jahr zuvor, waren es in Ostdeutschland 8,2 Prozent weniger.

Dies zeigt, wie stark die demografischen Veränderungen bereits heute den Ausbildungsmarkt prägen. Auch im Westen der Bundesrepublik werden aus Lehrstellen immer →

Nachwuchssuche wird mühsamer

Auszubildende zu finden, war für Unternehmen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr ...

- ... leichter
- ... genauso leicht oder schwierig
- ... schwieriger



Befragung von 954 Unternehmen im Frühjahr 2011; Quelle: IW-Qualifizierungsmonitor

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 7

Inhalt

Effektivverdienste.

Weil Arbeitskräfte knapper werden, haben viele Beschäftigte in den vergangenen Jahren Lohnzuwächse erzielt.

Seite 3

Automobilzulieferer.

Bis 2015 dürften die deutschen Automobilzulieferer weitere Anteile ihrer Produktion ins Ausland verlagern.

Seite 4-5

Emissionshandel.

Auch wenn die Preise für Verschmutzungsrechte derzeit im Keller sind, ändert dies nichts an den Klimaschutzziele.

Seite 6

Staatsbankrotte.

Griechenland steht kurz vor der Pleite – brauchen wir deshalb ein Insolvenzrecht für klamme Staaten?

Seite 7

Insolvenzen.

Die Zahl der Firmenpleiten ist seit Jahren rückläufig, vor allem in der Industrie geraten weniger Betriebe in Schieflage.

Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland



→ öfter Leerstellen – dort hat sich der Anteil der unbesetzten Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren ebenfalls merklich erhöht.

Was den Firmen Sorgen bereitet, kann die Jugendlichen freuen. Denn der Anteil der Ausbildungsplatzbewerber, die zum Start des Ausbildungsjahres nicht zum Zuge kamen, ist seit 2009 bundesweit gesunken. Zudem konnte die Hälfte der im vergangenen Jahr zunächst unverborgten Bewerber bis Ende Januar noch in eine Ausbildung nachvermittelt werden.

Dies ist möglich, weil das Angebot an Ausbildungsplätzen inzwischen größer ist als die Nachfrage. Rein rechnerisch gab es 2011 für 100 Bewerber 103 Lehrstellen.

Folglich bereitet die Suche nach geeigneten Auszubildenden den Unternehmen zunehmend Probleme,

wie der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erstellte Qualifizierungsmonitor belegt. Der Befragung zufolge konnten zuletzt 27 Prozent der ausbildenden Unternehmen nicht alle Ausbildungsplätze besetzen. Die anderen Firmen mussten sich ebenfalls stärker um Nachwuchs bemühen (Grafik Seite 1):

Je nach Beschäftigtenzahl war es 2011 für bis zu 45 Prozent der Unternehmen schwieriger als im Vorjahr, Auszubildende zu finden.

Gerade Azubis sind für die Wirtschaft aber besonders wichtig: Indem die Unternehmen den jungen Leuten von Anfang an das betriebspezifische Rüstzeug mitgeben, sichern sie nicht nur ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit, sondern letztlich die der gesamten Volkswirtschaft.

Bleiben Lehrstellen unbesetzt, müssen die Betriebe ausscheidende

Mitarbeiter durch externe Fachkräfte ersetzen. Dies ist angesichts der Fachkräfteengpässe gerade für kleinere Unternehmen mühsam oder sogar unmöglich – vor allem im gewerblich-technischen Bereich.

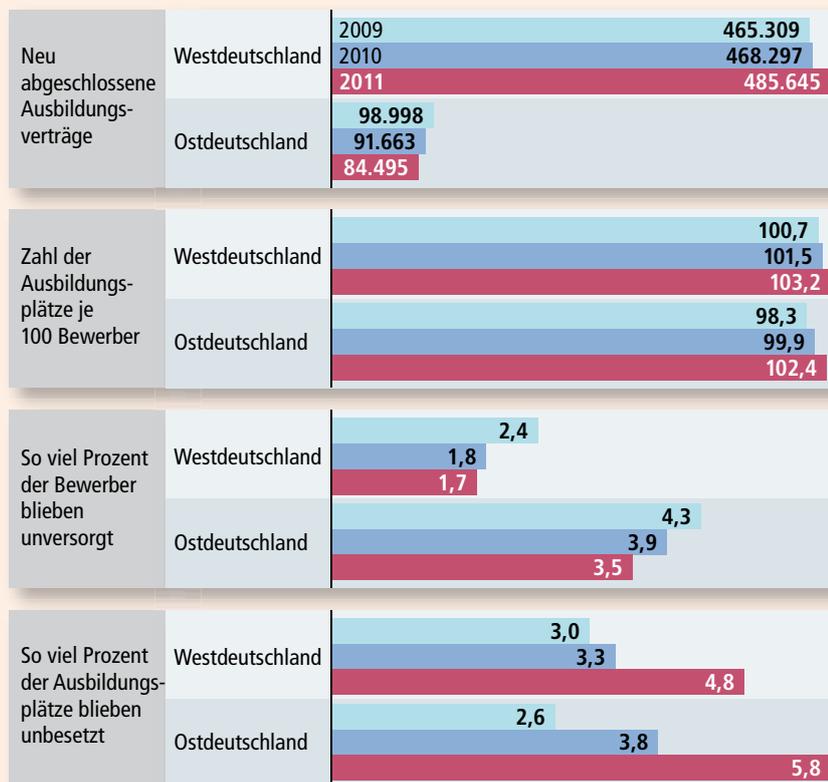
Deshalb müssen die Firmen bei ihrer Suche nach Auszubildenden ihr Engagement weiter verstärken. Einige Optionen:

- **Spezielle Zielgruppen gewinnen.** Manche Jugendliche mit Migrationshintergrund haben zwar mit der deutschen Sprache oder mit anderen Handicaps zu kämpfen, machen das aber teils durch viel Engagement und Motivation wett. Ähnliches gilt für behinderte junge Leute. Das können die Firmen für sich nutzen, sofern sie diesen jungen Leuten die Türen zur Ausbildung weiter öffnen.

- **Individuelle Förderung anbieten.** Durch Nachhilfe verbessern sich auch für leistungsschwächere Jugendliche die Chancen, den Ausbildungsabschluss zu schaffen. Derzeit unterstützt bereits jedes fünfte ausbildende Unternehmen seine Azubis mit Hauptschulabschluss dabei (vgl. iwd 30/2011). Leistungsstarke Jugendliche wiederum entscheiden sich eher für eine betriebliche Berufsausbildung anstelle eines Studiums, wenn die Firmen ihnen Zusatzqualifikationen wie Rhetorikkurse bieten oder einen Auslandsaufenthalt ermöglichen. Solche Angebote unterbreitet schon fast jedes vierte ausbildende Unternehmen.

Doch selbst wenn die Betriebe all dies beherzigen, benötigen sie mitunter Unterstützung – etwa wenn es um die Ausbildung von Jugendlichen mit Lernschwächen geht. So wünschen sich sechs von zehn Unternehmen eine externe Beratung für ihre Ausbilder, um leistungsschwächere Azubis besser fördern zu können.

Ausbildungsmarkt: Mehr Stellen, weniger Bewerber



Gute Zeiten für Arbeitnehmer

Effektivverdienste. Fachkräfte werden knapp. Dies spiegelt sich bereits in der Lohnentwicklung wider. Allerdings konnten zuletzt auch Ungelernte recht gute Verdienstzuwächse verbuchen – wenngleich aus einem anderen Grund.

In deutschen Unternehmen wird die Fachkräftesicherung mehr und mehr zum Megathema. Und auch die Verbände haben längst mobilgemacht. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zum Beispiel wird nicht müde zu betonen, alle Beteiligten – von den Bildungspolitikern bis hin zu den Firmenchefs – mögen schon jetzt die Weichen dafür stellen, dass auch in ein paar Jahren genügend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Der DIHK unterfüttert seine Aufforderung mit einem Umfrageergebnis aus dem Sommer 2011:

Jedes dritte Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten befürchtet, wegen der Personalprobleme Aufträge nicht annehmen zu können.

Für Arbeitnehmer brechen damit gute Zeiten an. Wollen Unternehmen Personal anlocken, werden sie im Vergleich zur Konkurrenz häufiger etwas drauflegen müssen. Firmen, die nicht nach Tarifvertrag zahlen, dürften mittelfristig im Wettbewerb um neue Mitarbeiter schlechte Karten haben. Vor allem in den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen verbessern sich die Jobaussichten, was die Durchsetzung von Gehaltsforderungen erleichtert.

Weil Arbeitskräfte aber nicht überall knapp werden – Friseurinnen, Literaturwissenschaftler und Bankkaufleute gibt es zur Genüge –, wer-

Lohnerhöhungen: Alle profitieren

Um so viel Prozent stiegen die regelmäßigen Bruttostundenverdienste zwischen dem 1. Quartal 2007 und dem 3. Quartal 2011

Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung oder mit selbstständigen Tätigkeiten
Leistungsgruppe 2: Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung und speziellen Fachkenntnissen
Leistungsgruppe 3: Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung und schwierigen Tätigkeiten
Leistungsgruppe 4: Angelernte Arbeitnehmer
Leistungsgruppe 5: Ungelernte Arbeitnehmer



Regelmäßige Bruttostundenverdienste: ohne Überstunden und Sonderzahlungen
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Bild 7 - Fotos: forobla

den sich die Löhne je nach Beruf und Tätigkeit recht unterschiedlich entwickeln.

Dass dies in Ansätzen schon heute der Fall ist, kann man in der Verdienststatistik des Statistischen Bundesamts ablesen. Diese informiert vierteljährlich über die Entwicklung der Bruttoverdienste nach sogenannten Leistungsgruppen, in denen viele Berufe und Tätigkeiten zusammengefasst sind (Grafik).

So zeigten die Daten seit dem ersten Quartal 2007 – seitdem gibt es diese Aufstellung für die Gesamtwirtschaft – nur einen schwachen Zusammenhang zwischen Qualifikation und Lohnndynamik:

Arbeitnehmer mit Führungsaufgaben oder mit selbstständigen Tätigkeiten verzeichneten bis zum dritten Quartal 2011 gegenüber 2007 ein Lohnplus von 9,2 Prozent.

Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung bekamen im Schnitt über alle Tätigkeitsbereiche hinweg knapp 8 Prozent mehr Lohn.

Angelernte Arbeitnehmer mussten sich mit einem Plus von 6,2 Prozent begnügen.

Im Produzierenden Gewerbe – wo die Fachkräfteknappheit vor allem bei Technikern schon heute spürbar ist – fällt die Differenz größer aus. Hier liegt die Spanne bei den Kräften mit einer Berufsausbildung zwischen 14,7 und 6,6 Prozent.

Auffallend ist, dass **ungelernte Arbeitnehmer** sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch bei Dienstleistern vom Schema abweichen und relativ hohe Lohnzuwächse verbuchten. Eine mögliche Erklärung dafür könnte die Einführung verschiedener Branchenmindestlöhne sein (vgl. iwD 6/2012).

Viele Arbeitnehmer in den unteren Einkommensgruppen haben dadurch mehr in der Tasche. Die Unternehmen indes haben die höheren Lohnkosten auf besser bezahlte Mitarbeiter abgewälzt – indem sie diesen einen Teil der Zulagen gestrichen haben.

Zuversichtliche Zulieferer

Automobilindustrie. Bisher haben die deutschen Automobilzulieferer gut mitgemischt auf den internationalen Märkten. Das dürfte die Produktion und Beschäftigung hierzulande auch künftig sichern. Ein Problem für die Branche könnte allerdings der Fachkräftengpass in Deutschland werden. 

Früher prägten Tausende Fahrräder Pekings Straßenbild, heute sind es Autokolonnen: Asien ist der Zukunftsmarkt für Autobauer und -zulieferer.

Doch nicht nur neue Märkte sind eine große Herausforderung für die deutschen Autobauer, auch verschärfte Umweltgesetze und der Trend zur Urbanisierung, bei dem der kleine Stadtwagen der großen Geländekarosse den Rang ablauft, sind zu meistern.

Und mittendrin steht die mittelständisch geprägte Automobilzulieferindustrie. Sie ist immerhin für etwa drei Viertel der Wertschöpfung im Automobilssektor hierzulande verantwortlich. Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult hat diese Unternehmen im Auftrag des Verbands der Automobilindustrie (VDA) gefragt, wie sie die künftigen Entwicklungen sehen und welche Rolle der Standort Deutschland spielen wird.

Weil die Firmen stark im Ausland engagiert sind, wird der Anteil der in Deutschland gefertigten Produkte in den nächsten Jahren abnehmen (Grafik):

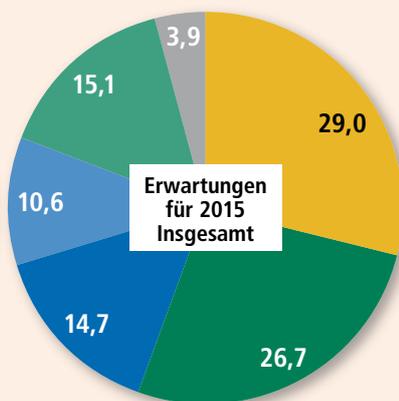
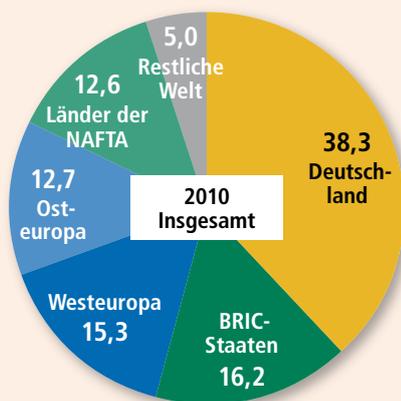
Rund 40 Prozent ihrer Produktion stellen die Automobilzulieferer derzeit in Deutschland her – in drei Jahren könnten es nur noch 30 Prozent sein.

Die wichtigsten Produktionsstandorte im Ausland sind bereits jetzt die BRIC-Staaten: In Brasilien, Russland, Indien und China fertigen die deutschen Zulieferer rund 16 Prozent ihrer Produktion, wobei China der eindeutige Favorit ist. Künftig dürften die BRIC-Standorte fast genauso viel Gewicht haben wie die heimischen.

Allerdings wird nicht nur Deutschland relativ an Bedeutung verlieren – alle europäischen Standorte müssen Federn lassen, selbst das als kostengünstig geltende Osteuropa. Die Unternehmen verlagern ihre Fabriken zwar auch, weil sie billigere Produktionsstätten suchen, ihr Hauptmotiv aber ist es, neue Märkte zu erschließen und dort vor Ort zu produzieren. Besonders kleinere Firmen wollen sich künftig in Bewegung setzen und damit den großen folgen, die schon seit längerem im Ausland aktiv sind.

Deutsche Automobilzulieferer: Man baut in BRIC

Produktion nach Standorten, in Prozent



	Unternehmen mit ...	
	bis zu 1.000 Mitarbeitern	über 1.000 Mitarbeitern
Deutschland	87,7	34,5
BRIC-Staaten	3,7	17,1
Westeuropa	2,4	16,2
Osteuropa	2,8	13,4
Länder der NAFTA	3,2	13,3
Restliche Welt	0,1	5,4

	Unternehmen mit ...	
	bis zu 1.000 Mitarbeitern	über 1.000 Mitarbeitern
Deutschland	74,4	25,8
BRIC-Staaten	11,5	27,8
Westeuropa	1,8	15,6
Osteuropa	3,8	11,1
Länder der NAFTA	8,4	15,6
Restliche Welt	0,2	4,2

Befragung von 87 Unternehmen im September 2011; NAFTA: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko; BRIC-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China; umsatzgewichtet; Quelle: IW Consult



**IW Consult/
VDA**

„Zukunft der Automobilzulieferer – Zukunft der Automobilindustrie. Was bringt der Strukturwandel für die Automobilzulieferer?“ in: Materialien zur Automobilindustrie, Band 44, 35 Euro

Dieses Engagement jenseits der deutschen Grenzen hat die Automobilindustrie in der Vergangenheit gestärkt. So sind deutsche Marken mittlerweile auf allen wichtigen Automärkten präsent und wirtschaftlich erfolgreich. Während etwa die italienische und französische Konkurrenz eher unter der Globalisierung gelitten hat, sind Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik bislang sogar gestiegen. Dies dürfte – dank des Auslandsengagements der Firmen – voraussichtlich auch so bleiben.

Somit bewerten die Automobilzulieferer die meisten Rahmenbedingungen in Deutschland auch recht gut. Vor allem bei den Themen Rechtssicherheit, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Logistik und Netzwerkstrukturen – sowohl in der Forschung als auch innerhalb der Wertschöpfungskette – kann der Standort D punkten. Auch in den nächsten drei Jahren dürfte sich daran nach Meinung der befragten Unternehmen nichts ändern.

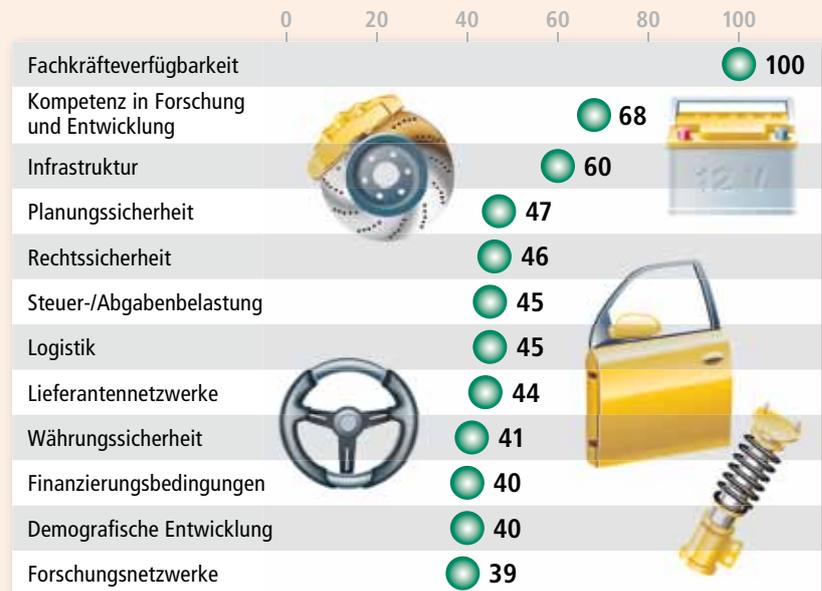
Sorgen machen den Automobilzulieferern dagegen die Steuer- und Abgabenbelastung und – vor allem – die Folgen der demografischen Entwicklung (Grafik):

Fragt man die Automobilzulieferer, welcher Standortfaktor ihnen am wichtigsten ist, sind sich alle einig: die Verfügbarkeit von Fachkräften.

In diesem Punkt erwarten die Unternehmen deshalb auch Unterstützung von der Politik und den Verbänden. Über das gesamte Spektrum der Bildungsangebote hinweg sollte hier investiert werden, so die einheitliche Meinung; wobei die MINT-Fä-

Deutsche Automobilzulieferer: Was den Unternehmen wichtig ist

Bewertung auf einer Skala von 0 (nicht wichtig) bis 100 (sehr wichtig)



Befragung von 87 Unternehmen im September 2011
Quelle: IW Consult

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 7 - Foto: fotolia

cher Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik für die forschungs- und technologieorientierte Branche von besonderer Bedeutung sind.

Nicht zuletzt müssen sich die Automobilzulieferer aber auch selbst als attraktive Arbeitgeber für kluge

Köpfe profilieren – zum Beispiel über die M+E-Infomobile. Neun Fahrzeuge sind deutschlandweit unterwegs, um an Schulen über Jobs in der Metall- und Elektro-Industrie zu informieren. Weitere Informationen zu den Infomobilen gibt es unter www.me-infomobil.de.

Ausgezeichnete IW-Projekte im „Land der Ideen“

Gleich drei Projekte aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wurden im Rahmen des Wettbewerbs „365 Orte im Land der Ideen“ von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ prämiert: Das Projekt „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ erhielt die Auszeichnung in der Kategorie „Gesellschaft“, die beiden Schülerprojekte „JUNIOR – Schüler erleben Wirtschaft“ und „Fit für die Wirtschaft“ gewannen in der Kategorie „Bildung“. Es hatten sich mehr als 2.000 Projekte beworben. Die Initiative zeichnet seit 2005 Ideen und Projekte aus, die „die beeindruckende Ideenvielfalt und Innovationskraft Deutschlands sichtbar und erlebbar machen“.

Die vom IW Köln betreute und vom Bundesforschungsministerium finanzierte Fördermaßnahme KLIMZUG ist Teil der Hightech-Strategie der Bundesregierung zum Klimaschutz. Ausgezeichnet wurde KLIMZUG als Netzwerk mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in sieben Regionen. Das IW-Projekt JUNIOR fördert den Unternehmergeist von Schülern: Die Jugendlichen gründen ein Unternehmen und entwickeln und vermarkten ein eigenes Produkt. Bei „Fit für die Wirtschaft“ vermitteln Wirtschaftsexperten der TARGO-Bank Acht- und Neuntklässlern Wirtschafts- und Finanzwissen.

Mehr Informationen: www.land-der-ideen.de www.klimzug.de
www.juniorprojekt.de www.fitfuerdiewirtschaft.de

Alles im Schlot

Emissionshandel. Weil CO₂-Verschmutzungszertifikate derzeit wenig kosten, plädieren einige Politiker bereits für eine Preisuntergrenze. Doch die ist gar nicht nötig. Denn der Zertifikatspreis hat keinen Einfluss auf die festgelegte Emissionsmenge.

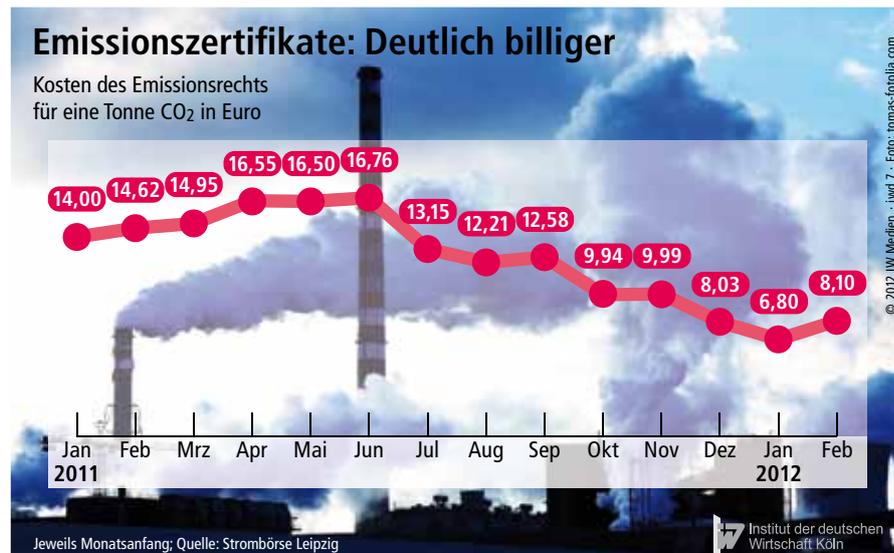
Seit 2005 sind in Europa alle Stromerzeuger und ein Großteil der Industrie, die das Treibhausgas Kohlendioxid ausstoßen, zum Kauf von Emissionsrechten verpflichtet. Deren Preise sind seit einem halben Jahr im Sinkflug (Grafik):

Zuletzt kostete ein Emissionszertifikat rund 8 Euro – vergangenes Frühjahr mussten die Unternehmen für den Ausstoß einer Tonne CO₂ noch das Doppelte bezahlen.

Ursache für den Preisverfall ist primär die Wirtschaftskrise: Die europäischen Unternehmen produzierten in den vergangenen drei Jahren weniger als zuvor und setzten folglich auch geringere Mengen CO₂ frei. Das wiederum ließ ihren Bedarf an Emissionszertifikaten sinken.

Kritiker sehen diese Entwicklung mit Skepsis. Für sie sind günstige Emissionszertifikate schlecht, weil sie den Unternehmen weniger Anreize bieten, in den Klimaschutz zu investieren. Außerdem sinken bei niedrigen Einnahmen aus dem Emissionshandel auch jene Summen, welche die Europäische Union in internationale Klimaprojekte investieren kann.

Die im Rahmen des Emissionshandels festgelegten Klimaschutzziele werden dagegen von Zertifikatspreisschwankungen nicht tangiert. Denn schließlich ist nur eine



begrenzte Menge von Emissionsrechten auf dem Markt. Der Preis für ein Zertifikat beeinflusst also nicht die erlaubte Verschmutzungsmenge, sondern gibt nur wieder, wie teuer der CO₂-Ausstoß für ein Unternehmen aktuell ist.

Aus Sicht der Unternehmen hat ein niedriger Zertifikatspreis in wirtschaftlich schwachen Zeiten zudem handfeste Vorteile: Zum einen müssen die Betriebe in solchen Phasen weniger Klimaschutzkosten schultern – mit dem angenehmen Nebeneffekt, so wenigstens einen kleinen Teil der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Energiekosten wieder auszugleichen. Zum anderen dürften sich auch die Strompreise moderater entwickeln – schließlich sind die CO₂-Zertifikate bei der Stromerzeugung ein gewichtiger Kostenfaktor.

Unter wettbewerblichen Aspekten sind moderate Preise für Emissionsrechte ebenfalls begrüßenswert: Denn momentan müssen ausschließlich die Unternehmen in Europa Verschmutzungsrechte erwerben, was sie gegenüber internationalen Konkurrenten benachteiligt. Die europäischen Regelungen werden allerdings schon bald auf die ganze

Welt ausgedehnt – zumindest für eine Branche:

Ab 2013 soll der internationale Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen werden.

Praktisch bedeutet das, dass alle Airlines, die im europäischen Hoheitsgebiet starten oder landen, ihren CO₂-Ausstoß um zunächst 3 Prozent senken sollen. Dieses Vorhaben stößt allerdings auf massiven Widerstand von Großemittenten aus den USA, Russland und Indien. China untersagte den eigenen Luftfahrtbetreibern zuletzt sogar die Teilnahme am System.

Mittelfristig – wenn der Handelsstreit gelöst ist – dürfte die zusätzliche Nachfrage nach Zertifikaten durch die Flugverkehrsbranche die Preise für die Emissionsrechte wieder nach oben treiben. Mehr Wirtschaftswachstum wird den krisenbedingten Preisrückgang über kurz oder lang ebenfalls zunichtemachen. Und schließlich dürfte auch der geplante Ausstieg einiger Länder aus der CO₂-freien Atomenergie zu einer Verteuerung der Emissionsrechte beitragen. Denn die Kohlekraftwerke, die dann vermehrt zum Einsatz kommen dürften, setzen relativ viele Treibhausgase frei.

Faire Regeln reichen

Staatsbankrotte. Das Drama ist in vollem Gang – stürzt Griechenland in die Staatspleite oder nicht? Selbst wenn es zum Schlimmsten kommt: Die Erfahrung zeigt, dass sich Staatsbankrotte einigermaßen geordnet abwickeln lassen. Ein Insolvenzrecht ist dafür nicht erforderlich.

Ist ein Unternehmen pleite, läuft meist alles in geordneten Bahnen ab. Alle verwertbaren Betriebsteile werden verkauft, sodass die Gläubiger oft wenigstens etwas von ihrem Geld wiedersehen.

Einen Staat dagegen kann man nicht auflösen; er ist souverän und kann letztlich noch nicht einmal gezwungen werden, seine Schulden zu bedienen. Hinzu kommt, dass sich die Staaten das fehlende Geld heutzutage weniger über Bankdarlehen besorgen, sondern überwiegend Staatsanleihen herausgeben. Dadurch steigt die Zahl der Gläubiger, die im Fall der Fälle unter einen Hut gebracht werden müssen. Folglich kann sich das Umschuldungsverfahren bei einem Staatsbankrott möglicherweise jahrelang hinziehen und ziemlich chaotisch verlaufen. Ein Paradebeispiel dafür war der argentinische Staatskonkurs im Jahr 2001.

Um ein ähnliches Durcheinander bei einer eventuellen Griechen-Pleite zu vermeiden, diskutiert die Eurozone über ein Insolvenzrecht. Demnach soll eine Art Insolvenzgericht nicht nur Staaten, sondern auch zaudernde Gläubiger zu einer geordneten Umschuldung zwingen.

Der Vorschlag erscheint allerdings kaum durchsetzbar – schon der Internationale Währungsfonds war mit

Schuldenerlasse: Kein Novum

	Jahr der Umschuldung	Volumen der Umschuldung in Millionen Dollar	Teilnahmequote der Gläubiger in Prozent	Schuldenerlass in Prozent
Irak (Bank- und Unternehmensschulden)	2006	17.710	96	89
Argentinien	2005	43.736	76	77
Serbien & Montenegro (Bankschulden)	2004	2.700		73
Ecuador	2009	3.190		68
Seychellen	2010	320	84–89	56
Elfenbeinküste	2010	2.940	99	55
Russland (inkl. Bankschulden)	2000	31.943	99	51
Ecuador	2000	6.700	98	38
Moldawien	2002	40	100	37
Grenada	2005	210	97	34
Belize (inkl. Bankschulden)	2007	516	98	24
Ukraine	2000	1.598	97	18
Pakistan	1999	610	99	15
Pakistan (Bankschulden)	1999	777		12
Dominikanische Republik (Bankschulden)	2005	180		11
Uruguay	2003	3.127	93	10
Dominikanische Republik	2005	1.100	94	5

Schuldenerlasse auf Staatsanleihen, wenn nicht anders angegeben
Ursprungsdaten: Juan Cruces/Christoph Trebesch, 2011

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Imd 7

einem ähnlichen Konzept kläglich gescheitert. Gleichwohl sind seit der Argentinienkrise viele Umschuldungen von Entwicklungs- und Schwellenländern erstaunlich reibungsarm verlaufen. Die Organisation von Gläubigerversammlungen zum Beispiel ist inzwischen eingeübte Praxis (Grafik):

Seit 1999 lag die Teilnahmequote bei den meisten größeren Umschuldungen bei über 90 Prozent.

Um dies auch mit Sicherheit in Zukunft erreichen zu können, bieten sich sogenannte Collective Action Clauses (CAC) an. Mit diesen Umschuldungsklauseln kann eine Gläu-

biger Mehrheit von beispielsweise mindestens 75 Prozent die übrigen Gläubiger zwingen, die Umschuldungsbedingungen zu akzeptieren. In den Euroländern sollen die CAC ab Anfang 2013 bei der Ausgabe neuer Staatsanleihen im Kleingedruckten verankert werden.

Darüber hinaus sollte auch der ab Mitte 2012 einzuführende Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Verhandlungsforum mit fairen und verlässlichen Regeln anbieten. Schuldnerstaat und Gläubiger könnten dann unter Obhut des ESM in Ruhe und freiwillig über die Details der Umschuldung verhandeln.

Schlecker ist nicht überall

Insolvenzen. Im Jahr 2011 ist die Zahl der Unternehmenspleiten weiter gesunken. Dies geht aus einer Hochrechnung der Wirtschaftsankunft Creditreform hervor.

Wer dieser Tage die Zeitungen aufschlägt, stößt auf Meldungen über die Insolvenzverfahren beim Druckmaschinenbauer Manroland und dem Solarunternehmen Solon. Beide Firmen hatten bereits Ende 2011 aufgegeben und suchen gerade neue Investoren. Doch solche Großpleiten sind deutlich zurückgegangen – noch nie in den vergangenen zehn Jahren mussten so wenige große Firmen den Gang zum Insolvenzrichter antreten wie 2011:

Die Zahl der Pleitiers mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz sank um 10 Prozent auf 90.

Nicht zuletzt deshalb gingen die materiellen Schäden 2011 um 27 Prozent auf 23 Milliarden Euro zurück. Im Krisenjahr 2009 sum-

mierten sich die Forderungsausfälle und andere Schäden noch auf fast 79 Milliarden Euro. Dementsprechend lag der Durchschnittsschaden je Fall damals bei 2,4 Millionen Euro – fast viermal so hoch wie im vergangenen Jahr.

Obwohl die Pleitewelle abebbt, gerieten 2011 immerhin 236.000 Arbeitsplätze in Gefahr, nicht wesentlich weniger als 2010 (Grafik). Von diesen Stellen konnten und können aber noch viele im Laufe des Insolvenzverfahrens gerettet werden. Denn bevor gar nichts mehr geht und ein Unternehmen endgültig seine Tore schließen muss, versuchen Insolvenzverwalter zunächst einmal, zumindest Teile des Betriebs zu erhalten.

Vor allem die Industrie erwies sich 2011 als sehr robust. Dort ging die Zahl der Pleiten gegenüber 2010 um 14 Prozent zurück. Und auch in der Bauwirtschaft gab es rund 13 Prozent weniger Insolvenzen. Im Handel und im Dienstleistungssektor waren die Rückgänge mit 6 respektive 2 Prozent weit schwächer.

Wie geht es weiter? Der Fall Schlecker ist sicher nicht zu verallgemeinern. Die Voraussetzungen dafür, dass die Zahl der Firmeninsolvenzen im laufenden Jahr selbst dann niedrig bleibt, wenn das Wachstum schwächelt, sind jedenfalls recht gut:

Weniger Pleiten



	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
	2011	
Insolvenzschäden in Milliarden Euro	23,3	-27,4
Schaden je Fall in Euro	771.500	-23,0
Betroffene Arbeitsplätze	236.000	-1,7
Insolvenzen je 10.000 Unternehmen	96	-5,0

2011: Hochrechnung
Quelle: Creditreform

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 7

Adressaufkleber

Zum einen melden deutsche Unternehmen weiterhin gute Geschäfte.

Zum anderen haben viele Firmen ihr Eigenkapital so weit aufgestockt, dass ein ordentliches Polster für eine Durststrecke vorhanden ist. Der Mittelstand erreichte zuletzt nach Angaben der KfW Bankengruppe eine historisch hohe Eigenmittelquote von 26 Prozent.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellvertreterin: Brigitte Lausch

Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf

Redaktion Berlin: Klaus Schäfer

Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.